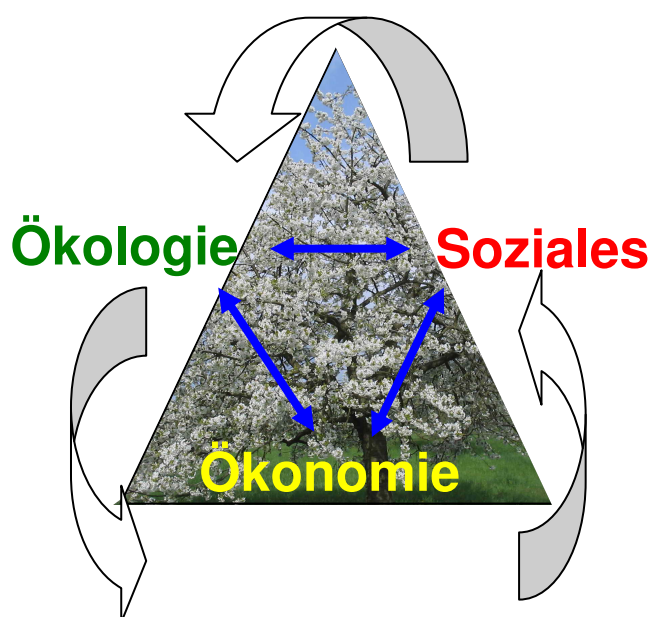


Zukunftsfähiger Hochtaunuskreis Konzept für einen Nachhaltigkeitsbericht



Bearbeitung:
Dr. Beate Alberternst, Friedrichsdorfer Institut zur Nachhaltigkeit (IzN) e.V.
Juli 2009

Im Auftrag des



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Inhalt

1	EINFÜHRUNG	4
2	KONZEPTENTWICKLUNG FÜR EINEN NACHHALTIGKEITSBERICHT	5
2.1	Warum braucht der Hochtaunuskreis einen Nachhaltigkeitsbericht?	5
2.2	Welche Informationen sollte ein Nachhaltigkeitsbericht im Hochtaunuskreis enthalten?	6
2.3	Wie kann eine nachhaltige Entwicklung festgestellt werden?	6
3	INDIKATOREN	7
3.1	Beschreibung der Indikatoren nach Nachhaltigkeitsdimensionen	7
	NACHHALTIGKEITSDIMENSION A - ÖKOLOGIE	7
A 1:	Möglichst schonender Umgang mit Flächen	7
A 2:	Möglichst nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen	8
A 3:	Klimaschutz, möglichst geringer Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen - Einsatz erneuerbarer Energien	9
A 4:	Stärkung umwelt- und sozialverträglicher Mobilität durch Verringerung des mobilen Individualverkehrs (MIV)	10
A 5:	Erhaltung der biologischen Vielfalt	10
A 6:	Geringe Abfallmengen	12
A 7:	Möglichst geringe Luftverschmutzung und Lärmbelastung	12
	NACHHALTIGKEITSDIMENSION B - ÖKONOMIE	13
B 1:	Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes	13
B 2:	Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad	13
B 3:	Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur	13
B 4:	Lokale Preisniveaustabilität	14
B 5:	Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte	14
B 6:	Gerechte Verteilung von Arbeit	14
	NACHHALTIGKEITSDIMENSION C – GESELLSCHAFT/SOZIALES	15
C 1:	Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen	15
C 2:	Hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau	15
C 3:	Gelungene Integration in das Bildungssystem	16
C 4:	Wohnortnahe Versorgung	16
C 5:	Ausgewogene Bevölkerungsstruktur des Kreises	16
C 6:	Kulturelles Angebot	17
C 7:	Hohes Gesundheitsniveau	17
C 8:	Hohes Sicherheitsniveau	18
C 9:	Integration von behinderten Menschen	18
C 10:	Förderung familienfreundlicher Strukturen	18
C 11:	Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen	19
	NACHHALTIGKEITSDIMENSION D – PARTIZIPATION/BÜRGERBETEILIGUNG	19
D 1:	Förderung der Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess und an kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen	19

D 2:	Hohes demokratisches und ehrenamtliches Engagement	20
D 3:	Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit	20
D 4:	Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben und verstärkter Einsatz von kinder- und jugendspezifischen Beteiligungsformen	20
D 5:	Förderung der Teilhabe von SeniorInnen am öffentlichen Leben und Versorgung von SeniorInnen	21
	LITERATUR	22
	ANSPRECHPARTNER	23
	ANHANG	24
	NACHHALTIGKEITSDIMENSION A - ÖKOLOGIE	24
A 1:	Möglichst schonender Umgang mit Flächen	24
A 2:	Möglichst nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen	24
A 3:	Klimaschutz, möglichst geringer Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen - Einsatz erneuerbarer Energien	24
A 4:	Stärkung umwelt- und sozialverträglicher Mobilität	25
A 5:	Erhaltung der biologischen Vielfalt	26
A 6:	Geringe Abfallmengen	28
A 7:	Möglichst geringe Luftverschmutzung und Lärmbelastung	28
	NACHHALTIGKEITSDIMENSION B - ÖKONOMIE	29
B 1:	Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes	29
B 2:	Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad	29
B 3:	Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur	30
B 4:	Lokale Preisniveaustabilität	30
B 5:	Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte	30
B 6:	Gerechte Verteilung von Arbeit	31
	NACHHALTIGKEITSDIMENSION C – GESELLSCHAFT/SOZIALES	31
C 1:	Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen	31
C 2:	Hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau	31
C 3:	Gelungene Integration in das Bildungssystem	32
C 4:	Wohnortnahe Versorgung	32
C 5:	Ausgewogene Bevölkerungsstruktur des Kreises	32
C 6:	Kulturelles Angebot	33
C 7:	Hohes Gesundheitsniveau	33
C 8:	Hohes Sicherheitsniveau	34
C 9:	Integration von behinderten Menschen	34
C 10:	Förderung familienfreundlicher Strukturen	34
C 11:	Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen	35
	NACHHALTIGKEITSDIMENSION D – PARTIZIPATION/BÜRGERBETEILIGUNG	35
D 1:	Förderung der Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess und an kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen	35

D 2:	Hohes ehrenamtliches Engagement	36
D 3:	Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit	36
D 4:	Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben und verstärkter Einsatz von kinder- und jugendspezifischen Beteiligungsformen	36
D 5:	Förderung der Teilhabe von SeniorInnen am öffentlichen Leben und Versorgung von SeniorInnen	37

1 Einführung

Der Begriff „sustainable development“ – „Nachhaltige Entwicklung“ – wurde durch die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCD) in Rio de Janeiro im Jahre 1992 als Leitbegriff weltweit bekannt. „Nachhaltige Entwicklung“ bedeutet, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung so zu gestalten, **dass die natürlichen Lebensgrundlagen auch für zukünftige Generationen erhalten bleiben und dass wirtschaftliches und soziales Wohlergehen für gegenwärtige und nachfolgende Generationen weltweit erreicht werden kann.** „Nachhaltige Entwicklung“ bedeutet also nicht nur Natur- und Umweltschutz, sondern umfasst ein sehr viel breiteres Themenspektrum. Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung ist die Einsicht, dass soziale Verantwortung, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der Schutz der natürlichen Umwelt untrennbar miteinander verbunden sind. Jedoch ist eine wirtschaftliche Entwicklung dauerhaft nur möglich innerhalb des Spielraumes, den die Natur als Lebensgrundlage bereit stellt (UBA 2002).

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung müssen die Bereiche Ökologie, Ökonomie und Soziales gleichrangige Berücksichtigung finden. Da für die Umsetzung dieses Ziels auf lokaler Ebene in Abhängigkeit von den unterschiedlichen Bedingungen verschiedene Konzepte erforderlich sind, wurde von der Konferenz in Rio de Janeiro die Agenda 21 beschlossen als ein entwicklungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. In Artikel 28 wird jede Kommune der 172 Unterzeichnerländer dazu aufgefordert, diese zur Grundlage ihres zukünftigen Handelns zu machen und im Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft, ein eigenes lokales Konzept zur nachhaltigen Entwicklung unter Beachtung ihrer jeweiligen Rahmenbedingungen zu erarbeiten.

Die Umsetzung der Maßnahmen kann nur unter Beteiligung der Bürger („Partizipation“) erfolgreich sein. Daher sind Ökologie, Ökonomie, Soziales und Partizipation maßgebliche Teile einer Nachhaltigkeitsstrategie auf kommunaler Ebene, die durch verschiedene Mess- und Kenngrößen, die Indikatoren, bewertet werden können. Diese müssen im Nachhaltigkeitsbericht dargestellt werden. Dieser sollte jährlich erfolgen, um die Maßnahmen zu bewerten und ggf. rechtzeitig gegensteuern zu können.

Der BUND Hochtaunuskreis legt nun diesen Vorschlag vor und beteiligt sich damit an der gesellschaftspolitischen Diskussion, die von der neuen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ (Fußnote) auch auf Kreis- und Kommunalebene angestoßen werden soll.

2 Konzeptentwicklung für einen Nachhaltigkeitsbericht

2.1 Warum braucht der Hochtaunuskreis einen Nachhaltigkeitsbericht?

Ein Aktionsprogramm und ein Nachhaltigkeitsbericht informieren politische Gremien, die Verwaltung, engagierte Bürger, Verbände und die interessierte Öffentlichkeit über die Maßnahmen des Kreises für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort. Die Beteiligung der Bürger ist notwendige Voraussetzungen für einen langfristigen Erfolg eines kreiseigenen Nachhaltigkeitskonzeptes. Ein Nachhaltigkeitsbericht präsentiert die bisherigen und zukünftigen Leistungen des Kreises, setzt Diskussionen in Gang und trägt dazu bei, in der Gesellschaft ein Bewusstsein für Nachhaltigkeitsfragen zu entwickeln. Mit der Veröffentlichung des Nachhaltigkeitsberichts wird Aufmerksamkeit geschaffen, die dem Kreis bei seinem Bemühen um eine Bürgerbeteiligung zugute kommt.

Wesentliche Ziele, auf die die Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung abzielen, sind:

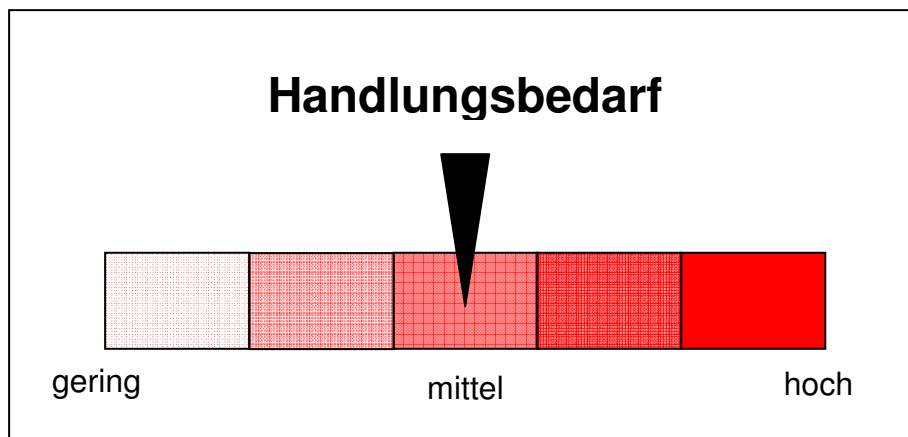
- Bewusster Umgang mit Energie, Nutzung erneuerbarer Energiequellen
- Umwelt- und energiebewusstes Bauen und Planen
- Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der biologischen Vielfalt durch Schutz und naturverträgliche Nutzung
- Ökologisch tragfähiges und ökonomisch sinnvolles Handeln der Wirtschaft und der privaten Haushalte
- Stärkung heimischer Betriebe
- Naturverträglich produzierte Lebensmittel aus der Region
- Integration und Unterstützung von Behinderten, alten und kranken Menschen, Jugendlichen und ausländischen Mitbürgern
- Tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau
- Zusammenwachsen der Gemeinden durch landkreisweite Nachhaltigkeits-Projekte

Der Hochtaunuskreis wird langfristig davon profitieren, wenn er seine wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung verstärkt auf Nachhaltigkeit ausrichtet. Der Prozess zur nachhaltigen Entwicklung erfordert die Einbindung von Gemeinden in ein Konzept des Landkreises. Vertreter von Verbänden der Kommunen sind dazu aufgerufen, den Austausch von Informationen und Erfahrungen und die gegenseitige Hilfe zwischen den Kommunen zu intensivieren. Durch einen regelmäßig erscheinenden Nachhaltigkeitsbericht können die Erfolge sichtbar und Defizite transparent gemacht werden.

2.2 Welche Informationen sollte ein Nachhaltigkeitsbericht im Hochtaunuskreis enthalten?

Folgende Informationen sollte der Nachhaltigkeitsbericht enthalten:

- Bewertung der nachhaltigen Entwicklung anhand ausgewählter, auf den Kreis zugeschnittener Indikatoren
- kurzfristige (für das nächste Jahr), mittel- und langfristige Zielsetzungen für die einzelnen Themenfelder
- Handlungsbedarf des Kreises für die einzelnen Themenfelder der vier Dimensionen, z.B. in Form einer Bewertungsskala (Vorschlag siehe unten)



2.3 Wie kann eine nachhaltige Entwicklung festgestellt werden?

Indikatoren dienen als Mess- oder Kenngrößen und lassen sich zur Bewertung und Trendbeschreibung zentraler Problemfelder einer nachhaltigen Entwicklung verwenden. Mit ihnen kann überprüft werden, ob gesetzte Ziele erreicht wurden oder wo Defizite bestehen. Werden mehrere Indikatoren in systematischer Weise zusammengefasst, spricht man von einem Indikatorensystem.

In einem gemeinsamen Forschungsprojekt des Umweltministeriums Baden-Württemberg (UM Baden-Württemberg), des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (STMUGV), des Hessischen Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz (HMULF) und des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt (TMLNU) wurde ein Leitfaden „Indikatoren im Rahmen einer lokalen Agenda 21“ erarbeitet und 2006 in einer dritten Auflage herausgegeben. Die hier dargestellten Indikatoren für die Bewertung einer nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene fußen auf den im Leitfaden dargestellten Indikatoren. Sie wurden durch weitere aussagekräftige Indikatoren aus veröffentlichten Nachhaltigkeitsberichten (Nachhaltigkeitsbericht Stadt Konstanz, Nachhaltigkeitsbericht Landkreis Kelheim, Nachhaltigkeitsbericht Kreis Ostholstein) und eigenen ergänzt. In der Veröffentlichung der Ministerien

sind weitere Ergänzungsindikatoren aufgeführt, die ggf. zusätzlich in einen Nachhaltigkeitsbericht einfließen können.¹

Im Oktober 2008 fand die erste Sitzung der Nachhaltigkeitskonferenz in Hessen statt, auf der beschlossen wurde, einen hessenspezifischen, fokussierten Indikatorensatz bis zum Frühsommer 2009 und konkrete Zielvorschläge für Hessen zu entwickeln.

3 Indikatoren

Die beschriebenen Indikatoren sind als Vorschläge und Diskussionsgrundlage zu betrachten. Über die Anwendbarkeit und Verfügbarkeit bzw. Erfassung von Daten zu den einzelnen Indikatoren für einen Nachhaltigkeitsbericht des Hochtaunuskreises muss eingehend diskutiert werden.

3.1 Beschreibung der Indikatoren nach Nachhaltigkeitsdimensionen

Nachhaltigkeitsdimension A - Ökologie

A 1: Möglichst schonender Umgang mit Flächen

Neue Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelungen im Landkreis sollen minimiert werden.

Indikatoren:

1. Jeweils Anteil von Bodennutzungsart (insbesondere Siedlungs- und Verkehrsfläche) an der Gesamtfläche des Hochtaunuskreises
2. Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner, Trendentwicklung
3. Vergleich Flächenverbrauch je Kommune zu Flächenbedarfsschätzung im Regionalen Flächennutzungsplan (Textband)

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Hinwirken auf eine Nachverdichtung bestehender Siedlungsflächen seiner Gemeinden
- Hinwirken auf eine dem demographischen Wandel angepasste reduzierte Ausweisung von Reserveflächen (Siedlung) im Regionalen Flächennutzungsplan
- Wiedernutzbarmachung von Flächen z.B. Industriebrachen, Entsiegelungen
- Bodenversiegelung auf das notwendige Maß verringern
- Siedlungsdichte durch gezielte Bauprojekte erhöhen

¹ Die Kernkompetenzen des BUND Kreisverband Hochtaunuskreis liegen in den Bereichen Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz. Das Thema „Nachhaltigkeit“ umfasst jedoch zahlreiche weitere Bereiche, die der Vollständigkeit halber hier aufgeführt werden. Weitere Anregungen/Ergänzungen und Beteiligungen sind sehr willkommen!

- Landratsamt kann die Gemeinden bei der Aufstellung von Bebauungsplänen beraten und hierbei ökologische Belange einbringen

Die Steuerung des Flächenverbrauchs durch Siedlungs- und Gewerbebebauung liegt aufgrund der Planungshoheit in der Hand der Gemeinden. Im besonderen Fall des Hochtaunuskreises werden die Kommunen durch den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt / Rhein-Main vertreten. Durch Förderung der interkommunalen Kommunikation und Beratung von Gemeinden sowie durch eigenes vorbildliches Handeln sollte der Landkreis auf eine nachhaltige Bodennutzung im Kreis hinwirken.

A 2: Möglichst nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen

Beispiel: Trinkwasser

Der Verbrauch von Trinkwasser soll so gering gehalten werden, dass die natürliche Erneuerung dieser Ressource nicht überschritten wird.

Indikatoren:

1. Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag
2. Wasserverbrauch der Kommunen im Landkreis im Vergleich zum Landesdurchschnitt in den letzten Jahren, um einen Trend im Konsum zu erkennen.

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Information der Bevölkerung über nachhaltige Nutzung des Trinkwassers, Tipps zum Wassersparen, z.B. Herausgabe einer kreiseigenen Broschüre
- Bereitstellung von Schulungsmaterial zum Wassersparen für Schulen und Kindergärten des Kreises
- Erstellung einer Ausstellung zum Thema Wassersparen, z.B. als Wanderausstellung im Kreishaus, bei der Kreissparkasse usw.
- Ökologisch orientierte Beratung der Gemeinden bei der Erstellung von Baubauungsplänen (EU-Vorgaben siehe Wasserrahmenrichtlinie), Förderung des Baus von Regenwasserzisternen, Verwendung von versickerungsfähigem Pflaster als Vorgabe
- Entwicklung von Konzepten zum Wassersparen in kreiseigenen Gebäuden, vermehrte Nutzung von Brauchwasser, Einsatz Wasser sparender Armaturen
- Förderung der Regenwassernutzung in kreiseigenen Gebäuden
- Initiierung von Wasseraudits in Industrie und Landwirtschaft

A 3: Klimaschutz, möglichst geringer Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen - Einsatz erneuerbarer Energien

Ziele sind die Schonung natürlicher Ressourcen, Verringerung der CO₂-Emission, Verringerung ökologischer Schäden durch Transport und Abfälle im Zusammenhang mit Energieträgern

Indikatoren:

1. Stromverbrauch der privaten Haushalte in kWh pro Einwohner
2. Anteil erneuerbarer Energien an eigen erzeugtem/r Strom und Wärme
3. Anzahl Anlagen im Kreis, die erneuerbare Energie nutzen, als Trend über mehrere Jahre
4. Stromverbrauch kommunaler Liegenschaften
5. Wärmeenergieverbrauch kommunaler Liegenschaften

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

Energiesparen

- Information der Bevölkerung über Stromsparmöglichkeiten (z.B. auch über energiesparende Haushaltsgeräte)
- Energieberatung (für private Haushalte, Betriebe, kommunale Mitarbeiter) im Kreishaus
- Schulung von kommunalen Mitarbeitern z.B. Hausmeistern öffentlicher Gebäude über Strom- bzw. Energiesparmöglichkeiten
- Einrichtung einer Energieberatungsstelle im Kreishaus zum Thema energiebewusstes Bauen
- Erarbeitung eines Leitfadens zur energiesparenden Bauleitplanung
- Bereitstellung von Strommessgeräten für private Haushalte
- Förderung von Ökoprot-Projekten, Information von Betrieben im Landkreis über diese Möglichkeit („Geldsparen durch Energiesparen“)
- Energiespar- und Passivhausbauweise bei kreiseigenen Gebäuden (Vorbildfunktion!) und Information von bauwilligen Bürgern
- Unterstützung und Schulung/Weiterbildung von Architekten zum Thema Energie
- Verzicht auf energieintensive Touristenattraktionen (z.B. Schneekanonen)

Alternative Energien

- Bau von Blockheizkraftwerken z.B. für kreiseigene Gebäude
- Einsatz Erneuerbarer Energien zur Produktion von Strom und Wärme, Förderung/Bau von Biomasseheizkraftwerken, Biogasanlagen
- Förderung der Nutzung der Windkraft
- Nutzung der Dachflächen kreiseigener Gebäude für Photovoltaikanlagen und Warmwasserbereitung
- Fortbildung des Elektrofachhandels im Kreis über Photovoltaikanlagen

A 4: Stärkung umwelt- und sozialverträglicher Mobilität durch Verringerung des mobilen Individualverkehrs (MIV)

Indikatoren:

1. Anzahl der PKW pro 1000 Einwohner im Kreis
2. Beförderungsfälle im ÖPNV im Kreis
3. Fahrplankilometer in Relation zu Personenkilometern des Busverkehrs, als Trend über mehrere Jahre im Kreis
Fahrplankilometer: Summe der Länge aller Fahrtstrecken multipliziert mit der Zahl der fahrplanmäßigen Fahrten pro Jahr (=Fahrleistung)
4. Länge des Radwegenetz in km, absolut und bezogen auf Siedlungs- und Verkehrsfläche des Hochtaunuskreises
5. Länge des Radwegenetz an Landes- und Kreisstraßen

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Förderung des ÖPNV (u.a. durch attraktive Taktung, attraktive Preisgestaltung, gute Verbindungen), dazu Kundenbefragung, Bedarfsermittlung
- Kostengünstiges Jahres-Abonnement
- Park- and Ride-Service
- Anbieten von Nachtbussen
- Anbieten von Ruf-Sammeltaxis
- Förderung der Attraktivität des Verkehrsnetzes für Fußgänger und Radfahrer z.B. durch Ausbau des Radwegenetzes, verkehrssichere Gestaltung der Radwege, auf stark befahrenen Straßen getrennte Rad- und Fußwege, gute Beschilderung, guter Zustand der Wege
- Erarbeitung einer Prioritätenliste für den Radwegenetzausbau durch einen kreiseigenen Bauausschuss (z.B. Schulwegsicherheit, Vernetzung von Gemeinden des Kreises)
- Information der Bevölkerung über das Radwegenetz z.B. über aktuelle Radwanderkarten des Hochtaunuskreises, Ausweisung spezieller Routen z.B. durch landschaftlich reizvolle Gebiete, Einbindung von radfahrerfreundlichen Gastronomiebetrieben, Internetpräsentationen, radfahrgerechte Zugverbindungen (z.B. aus dem Rhein-Main-Gebiet)
- Aufbau einer Infrastruktur für Elektromobile
- Verzicht auf Straßenneubauten

A 5: Erhaltung der biologischen Vielfalt

Indikatoren:

1. Anzahl und Größe der gemeldeten Flächen an Natura 2000-Gebieten
2. Anteil an Naturschutzgebieten und flächenhafter Naturdenkmäler an der Fläche des Landkreises
3. Neuausweisung von kleinen Naturschutzgebieten durch den Kreis

4. Anzahl an Arten der Roten Liste und der Vorwarnliste im Kreis und Entwicklung der Bestände über die Zeit
5. Entwicklung der Bestände ausgewählter Indikatorarten (z.B. *Maculinea*, *Dactylorhiza*, *Arnica*) über die Zeit
6. Anteil ökologisch bewirtschafteter landwirtschaftlicher Nutzfläche im Vergleich zu konventionell genutzten Flächen
7. Flächengröße der Vertragsnaturschutzflächen, Flächenentwicklung über die Zeit
8. Anzahl an gefährdeten Biotoptypen im Kreis, Flächenentwicklung über die Zeit
9. Anteil der FSC zertifizierten Neuaufforstungen im Hochtaunuskreis im Vergleich zur nicht zertifizierten Aufforstungsfläche
10. Vernetzung bestehender Biotope (vgl. Projekt des BUND „Ein Rettungsnetz für die Wildkatze“)

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Artenhilfsprogramme konzipieren und durchführen
- Nutzung von neu entstandenen Flächen und Brachen im Sinne des Naturschutzes (z.B. artenreiche Heumulchsaat mit gebietstypischen Arten an neu entstandenen Straßenböschungen, Verwendung gebietstypischer Provenienzen bei der Pflanzung von Gehölzen)
- Ökologische Erforschung zur Erfassung und Dokumentation der biologischen Vielfalt im Hochtaunuskreis und Darstellung der Bestandsentwicklung
- Pflege und Erhalt zurückgehender Biotoptypen (z.B. Streuobstwiesen), Information über diese Biotoptypen, Unterstützung der Vermarktung von Streuobstprodukten zur Förderung ihrer Erhaltung, Aktionstage zur Stärkung des Image von Streuobstwiesen
- Renaturierung von Flächen
- Förderung der Vertragsnaturschutzflächen, Flächenentwicklung über die Zeit
- Förderung der Artenvielfalt im bebauten Raum z.B. durch Information und Unterstützung naturnaher Gartengestaltung, Begrünung kreiseigener Gebäude, Anlage von naturnahen Gärten und Biotopen auf Schulgelände, Kindergärten, Kreistagsgebäuden usw., Einbindung des Themas in den Unterricht
- Förderung von Schulungsveranstaltungen für Lehrer, Kindergärtner zum Thema biologische Vielfalt
- Überprüfung des Maßnahmen Erfolgs auf Ausgleichsflächen nach Eingriffen
- Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft
- Förderung und Hinwirken auf die Ausweisung von Vogelschutzgebieten bzw. FFH-Gebieten; eigene, im Kompetenzbereich liegende, Ausweisung von Schutzgütern (z.B. Naturdenkmäler, Naturschutzgebiete bis 5 ha, geschützte Landschaftsbestandteile)

A 6: Geringe Abfallmengen

In Produktionsprozessen sollte möglichst wenig Abfall entstehen. Produkte sollten darauf eingestellt sein, als Rohstoffe wiederverwertet zu werden. Der Anteil an langlebigen, reparaturfähigen Produkten sollte gesteigert werden.

Indikatoren:

1. Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner (Trendentwicklung)
2. Müllaufkommen im Vergleich zum Landesdurchschnitt (auch differenziert nach Abfallart)

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Mülltrennung (u.a. getrennte Sammlung von Biomüll)
- Wertstoffsammelstellen einrichten, attraktive Öffnungszeiten, Schadstoffsammelmobile
- Information der Bürger über einen Ressourcen schonenden Lebensstil
- Tauschbörsen einrichten
- Gut erhaltene Haushaltsgegenstände an Personen mit geringem Einkommen weitergeben (z.B. Möbel, Haushaltsgeräte), Einrichtung eines Abhollagers
- Erstellung einer Broschüre zur Ressourcenschonung und Abfallvermeidung mit Hinweisen zu Firmen im Landkreis, die Produkte reparieren, tauschen oder verleihen
- Nachhaltiger Umgang mit Abfall/Deponien (z.B. Nutzung von Agrogas, Fotovoltaikanlagen auf Deponien, Deponiegasnutzung usw.)

A 7: Möglichst geringe Luftverschmutzung und Lärmbelastung

Indikatoren:

1. Veränderung des Bestands an Flechten
Bestimmung der Luftgüteklasse (Orientierung an der VDI 3957, Blatt 13, 10/2004)
2. Messung der Luftschadstoffe: NOx, Ozon, Stäube: Darstellung über mehrere Jahre mit Trendentwicklung, Ermittlung der Abweichung von Grenzwerten
3. Lärmmessungen

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs zur Verringerung des Schadstoffausstoßes
- Ausbau von Radwegen zur Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel
- Förderung autofreier Wohnsiedlungen
- Förderung und Bau von Gebäuden als Niedrigenergie- oder Passivhaus (Schonung fossiler Brennstoffe, Vorbildfunktion)
- Veröffentlichung der Messwerte der Lärmbelastung, Förderung von Maßnahmen zur Lärminderung

Nachhaltigkeitsdimension B - Ökonomie

B 1: Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes

Indikator:

Anzahl der Organisationen im Kreis, die sich am EMAS (Öko-Audit) beteiligen mit Trendentwicklung.

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

Information der Industrie, Verwaltungen, Dienstleister usw. im Hochtaunuskreis über die Möglichkeiten der Zertifizierung.

B 2: Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad

Indikatoren:

1. Anteil regional erzeugter Produkte auf den Wochenmärkten der Gemeinden
2. Anteil des Verbrauchs regional erzeugter Produkte in der Gastronomie und kreiseigenen Betrieben
3. Anzahl der Ab-Hof-Verkaufsstellen im Kreis

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Verwendung regionaler Produkte in Mensen und Kantinen kreiseigener Einrichtungen
- Information der Gastronomie über kreiseigene Produkte (z.B. Streuobstapfelsaft, Biofleisch usw.), Vermittlung von Kontakten, Erstellung einer Übersichtsliste mit Lieferanten und deren regionaler Produktpalette – z.B. als Broschüre: „Einkaufsführer des Hochtaunuskreises“
- Durchführung/Unterstützung von „Märkten der kreiseigenen Regionen“
- Unterstützung von Anbietern regionaler Produkte z.B. durch Informationen im Landratsamt, Internet (Bezugsadressen), Werbung

B 3: Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur

Indikatoren:

1. Anzahl der Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben in Relation zu den Beschäftigten in Großbetrieben
2. Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Der Hochtaunuskreis kann Städte und Gemeinden in seinem Kreis bei der Ansiedlungspolitik von Unternehmen beraten und die interkommunale Kommunikation und Abstimmung fördern.

B 4: Lokale Preisniveaustabilität

Indikator:

Preisindex der Mieten

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Analyse des Bedarfs, ggf. Förderung bedarfsgerechten Wohnungsbaus

B 5: Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

Die Verschuldung öffentlicher Haushalte sollte gering sein bzw. sich verringern und Rücklagen für Investitionen in eine zukunftsfähige Stadtentwicklung gebildet werden.

Indikatoren:

1. Kommunale Schulden je Einwohner und Vergleich mit einer Bezugsbasis z.B. Werte aus 2000 = 100 %
2. Zuführungsrate von Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Überprüfung seiner Haushaltsstruktur.

B 6: Gerechte Verteilung von Arbeit

Ziel des Landkreises sollte es sein, möglichst allen Arbeit suchenden Personen entsprechend ihrer Qualifikation eine Arbeitsstelle anzubieten. Männer und Frauen muss hierbei gleichberechtigt Zugang zu Arbeit verschafft werden. Bestimmte Personengruppen wie z.B. schwer behinderte Menschen oder ausländische Mitbürger dürfen nicht ausgegrenzt werden. Gettoisierung und soziale Konflikte im Landkreis müssen durch gerechte Verteilung von Arbeit vermieden werden. Insbesondere jungen Menschen muss eine Zukunftsperspektive angeboten werden.

Indikator:

Arbeitslosenquote im Landkreis nach bestimmten Personengruppen (s. u.), absolut und im Vergleich zum Landesdurchschnitt, als Trend über mehrere Jahre

Darstellung nach:

- Frauen
- Männer
- Langzeitarbeitslose
- Arbeitslose unter 20 Jahren
- Arbeitslose unter 25 Jahren
- Schwerbehinderte
- Migranten

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Schaffung von Arbeitsplätzen, z.B. durch Stärkung des beruflichen Mittelstandes
- Unterstützung von Existenzgründerprogrammen auf Kreisebene
- Flexibilisierung der Arbeitszeiten zur Unterstützung von Familien

Nachhaltigkeitsdimension C – Gesellschaft/Soziales**C 1: Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen****Indikatoren:**

1. Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (ALG II, Sozialgeld) absolut und prozentual bezogen auf die Bevölkerung des Kreises und bezogen auf Hessen, bzw. bezogen auf 1000 Einwohner

Die Zahlen sollten aufgeschlüsselt werden z.B. nach:

- Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren
- Personen über 65 Jahre
- Ausländer

2. Jugendarbeitslosigkeit (Personen unter 20 Jahren) absolut und in Prozent der Gesamtarbeitslosigkeit im Landkreis

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

1. Kindern und Jugendlichen Ausbildung und berufliche Perspektiven geben
2. Schaffung von Teilzeitstellen
3. Flexibilisierung der Arbeitszeiten
4. Sprachförderung bei Personen mit Migrationsgeschichte

C 2: Hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau**Indikatoren:**

1. Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden je 1000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte des Hochtaunuskreises
2. In Deutschland kamen im Jahr 1997 auf 1000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 60 Auszubildende (Nachhaltigkeitsbericht Konstanz). Dieser Wert kann als Vergleichswert für den Hochtaunuskreis herangezogen werden.
3. Kommunale Ausgaben für Bildungseinrichtungen absolut und in Prozent bezogen auf den Gesamthaushalt in Kreis
4. Anzahl der Teilnehmer an Weiterbildungseinrichtungen, Anzahl an naturkundlichen Veranstaltungen (z.B. im Naturpark) und Anzahl Teilnehmer

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Förderung einer guten schulischen Ausbildung
- Förderung der Berufsausbildung

- Unterstützung von naturkundlich orientierten Veranstaltungen, Bündelung der Informationen in einem Veranstaltungsführer
- Förderung der Umweltbildung in Schulen und Kindergärten (z.B. durch Schulung/Fortbildung von Lehrern und Erziehern, Integration von Umweltpädagogen in den Unterricht)

C 3: Gelungene Integration in das Bildungssystem

Indikatoren:

1. Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an Haupt- und Realschulen in Prozent der Schulabgänger dieser beiden Schularten im Kreis; differenziert nach Schulabgängern mit Migrationsgeschichte und deutscher Staatsangehörigkeit
2. Anteil von ausländischen Kindern an höheren Schulen

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Jugendlichen berufliche Perspektiven und damit Motivation zum Lernen bieten.

C 4: Wohnortnahe Versorgung

Indikator:

Zahl der Ortschaften im Kreis ohne Lebensmittelgeschäfte und Gaststätten in Relation zur Gesamtanzahl Ortschaften

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

Unterstützung der Ansiedlung von kleinen Nahversorgern in kleineren Orten (auch über Maßnahmen der Arbeitsagentur)

C 5: Ausgewogene Bevölkerungsstruktur des Kreises

Ziel einer Kommune sollte es sein, ihre Region attraktiv für alle Altersgruppen zu gestalten und für den Zuzug von jüngeren und mittel alten Personen zu werben. Gleichzeitig sollte eine ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur angestrebt werden.

Indikatoren:

1. Altersgliederung der Bevölkerung im Kreis differenziert nach Altersgruppen, absolut und prozentual an der Gesamtbevölkerung des Kreises
2. Zahl der Zuzüge und Fortzüge im Kreis absolut und als Wanderungssaldo

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Attraktive Lebensbedingungen für alle Altersgruppen bereitstellen.
- Ursachensuche für auftretendes extremes Wanderungssaldo und angepasste Maßnahmen zur Minderung der Auswirkungen entwickeln

C 6: Kulturelles Angebot

Vielfältiges Angebot zur Steigerung der Attraktivität der Region.

Indikatoren:

1. Kommunale Ausgaben für Kultur je 1000 Einwohner
2. Anzahl kultureller Einrichtungen im Kreis (Anzahl Museen, Kulturzentren, Theater, Orchester, Kulturvereine, Chöre usw.)
3. Anzahl verkaufter Theater- und Kinokarten in Relation zum Sitzplatzangebot
4. Bestand an Medien in nichtwissenschaftlichen öffentlich zugänglichen Bibliotheken pro 1000 Einwohner

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Förderung der kulturellen Vielfalt, z.B. durch finanzielle Unterstützung, Bereitstellung von Veranstaltungsräumen

C 7: Hohes Gesundheitsniveau

Indikatoren:

1. Anteil der Kinder mit allergischen Erkrankungen im Kreis, als Trend
2. Je Männer und Frauen mit Fettleibigkeit (% der Erwachsenen)
3. Kinder und Jugendliche mit Fettleibigkeit (% der Kinder und Jugendlichen)
4. Raucherquote Männer (ab 15 Jahren) in % der Befragten
5. Raucherquote Frauen (ab 15 Jahren) in % der Befragten
6. Raucherquote Jugendliche (12-17 Jahren) in % der Befragten

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Bereitstellung eines Ansprechpartners für gesunde Ernährung auf Kreisebene
- Information zur gesunden Ernährung, Bereitstellung von Informationsmaterial
- Unterstützung von Projekten zu gesunder Ernährung (z.B. Ausstellungen, Besuch von Ernährungsberatern in Schulen und Kindergärten)
- Schulung von Kindergärtnern, Betreuern, Lehrern über gesunde Ernährung
- Erstellung eines Lieferantenverzeichnis mit gesundem Mittagessen für Schulen, Betreuungseinrichtungen und Kindergärten, Vermittlung von Kontakten zwischen kreiseigenen Einrichtungen und Lieferanten
- Unterstützung der Information über die Schädlichkeit des Rauchens, insbesondere für Schüler

C 8: Hohes Sicherheitsniveau

Indikatoren:

1. Bekannt gewordenen Straftaten je 1000 Einwohner.
Orientierungshilfe können hier Vergleichszahlen der Bundes- oder Landesstatistik geben.
2. Verkehrsunfälle mit Personenschäden je 1000 Einwohner, differenziert nach Kindern und Jugendlichen, weiteren Personen.

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- a) Verhinderung von Straftaten
 - Förderung der Ausbildung und Qualifizierung von Jugendlichen
 - Soziale Ungerechtigkeiten verhindern
 - Freizeitangebote für Jugendliche und Jugendzentren unterstützen
- b) Verkehrssicherheit
 - Überprüfung seines Verkehrsnetzes auf hohe Unfallträchtigkeit
 - Sicherung von Gefahrenbereichen
 - Geschwindigkeitsreduzierung/Verkehrsberuhigung
 - Förderung der Verkehrserziehung an Schulen

C 9: Integration von behinderten Menschen

Indikatoren:

1. Anteil der mindestens zu 50 % erwerbsgeminderten Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigtenzahl des Kreises
2. Arbeitslose Schwerbehinderte und Arbeitslose mit mindestens 50 % Erwerbsminderung. Dies soll zeigen, ob Schwerbehinderte stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind, als sonstige Erwerbsgeminderte. Eine höhere Arbeitslosigkeit unter den Schwerbehinderten würde darauf hinweisen, dass eine mangelnde Chancengleichheit besteht.

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Gleichberechtigte Berücksichtigung von Schwerbehinderten bei der Arbeitsplatzvergabe
- Integration behinderter Menschen in Arbeitsprozesse

C 10: Förderung familienfreundlicher Strukturen

Indikator:

- Anzahl der Betreuungsplätze für Kinder in Kindertagesstätten, Kindergärten, Kinderkrippen, aufgeschlüsselt nach Alter (Betreuungsquote)
- 0-3 Jahre
 - Jahre bis Schuleintritt
 - 6-10 Jahre

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Bereitstellen einer ausreichenden Anzahl an qualifizierten Betreuungsplätzen für jede Altersgruppe, ganz- und halbtags
- Orientierung der Betreuungszeiten am Bedarf der Eltern, flexible Öffnungszeiten, Notbetreuung in frühen Morgen- oder späten Abendstunden
- Betreuungsangebote mit Mittagstisch in Schulen

C 11: Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

Ziel ist die Förderung der eigenverantwortlichen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

Indikatoren:

1. Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit absolut und in Prozent des kommunalen Haushalts
2. Anzahl Jugendheime/Freizeitheime/Jugendzentren bezogen auf die Anzahl der Kinder und Jugendlichen
3. Anzahl hauptamtlicher Jugendbetreuer, Verteilung auf die Gemeinden

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Ermittlung des zielgruppenspezifischen Bedarfs in den Gemeinden seines Kreises, bei Bedarf Einrichtung von Betreuungsangeboten
- Umfrage bei Kindern und Jugendlichen nach dem Bedarf an Angeboten

Nachhaltigkeitsdimension D – Partizipation/Bürgerbeteiligung**D 1: Förderung der Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess und an kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen****Indikatoren:**

1. Zahl der verschiedenen Arbeitsgruppen und Anzahl der beteiligten oder interessierten Personen im Kreis
2. In Arbeitsgruppen geleistete ehrenamtliche Arbeitsstunden pro Jahr
Anzahl der durchgeführten Nachhaltigkeitsprojekte mit Bürgerbeteiligung im Kreis

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Einrichtung eines Bürgerkomitees und Schaffung einer Stelle für eine/n Nachhaltigkeitsbeauftragte/n im Kreis, der die Bildung von Arbeitsgruppen initiiert, diese unterstützt und ihre Arbeiten auf Kreisebene koordiniert
- Überblick über aktive Arbeitsgruppen zum Thema Nachhaltigkeit im Hochtaunuskreis, Angaben zu ihren Tätigkeitsfeldern, Erfolgen, Adressen von Ansprechpartnern und Angabe zu weiteren Informationen z.B. im Internet

- Unterstützung von Schulungen von Lehrern und Erziehern zum Thema nachhaltige Entwicklung

D 2: Hohes demokratisches und ehrenamtliches Engagement

Indikatoren

1. Zahl der eingetragenen Vereine je 1000 Einwohner
2. Kommunale Zuschüsse an Vereine, Selbsthilfegruppen, Verbände
3. Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen und Bürgermeisterwahlen

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Förderung des ehrenamtlichen Engagements in Vereinen durch finanzielle Unterstützung
- Ehrung hervorragender Leistungen
- Entwicklung neuer Konzepte, die das Interesse der Bürger am ehrenamtlichen Engagement und an der Kommunalpolitik erhöhen.

D 3: Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit

Indikatoren:

1. Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts
2. Anzahl an Verkaufsständen für „fair gehandelte“ Produkte im Kreis

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Unterstützung von Projekten mit fair gehandelten Produkten und Verfolgung des Absatzes dieser Produkte
- Unterstützung ehrenamtlichen Engagements, das sich für internationale Gerechtigkeit einsetzt

D 4: Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben und verstärkter Einsatz von kinder- und jugendspezifischen Beteiligungsformen

Indikatoren:

1. Anzahl von Frauen im Kommunalparlament absolut und Anteil in Prozent der Mandatsträger
2. Spezifischer Einsatz der Beteiligungsformen in der Kinder- und Jugendarbeit, als Beschreibung

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?²

- Förderung der Gleichberechtigung durch verstärkte Besetzung von Arbeitsplätzen mit Frauen.
- Beteiligungsformen erarbeiten/entwickeln.

D 5: Förderung der Teilhabe von SeniorInnen am öffentlichen Leben und Versorgung von SeniorInnen**Indikatoren:**

- | |
|--|
| <ol style="list-style-type: none">1. Wahlbeteiligung von Senioren an seniorenorientierten Gremien2. Versorgungsgrad mit Pflegeplätzen |
|--|

Was kann der Hochtaunuskreis tun bzw. was macht er schon?

- Schaffung eines Kreissenioresrates oder einer Interessenvertretung der SeniorInnen im Kreis
- Überprüfung der Strukturen zur Pflege alter Menschen im Kreis
- Aufdecken und Beheben von Missständen, Bedarfsermittlung nach Pflegeformen (ambulant, stationär, Tagespflege, Kurzzeitpflege usw.), Qualitätsprüfung von Pflegeheimen im Kreis

Literatur

Agenda 21, Text auf Deutsch:

http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf

Nachhaltigkeitsbericht Kreis Kelheim (2001): <http://www.landkreis-kelheim.de/DynDox/C635E8C4-7F35-49A7-BD8A-BFB96B6ED63D/aktionsprogramm.pdf>

Nachhaltigkeitsbericht Stadt Konstanz (2004):

<http://www.konstanz.de/imperia/md/content/rathaus/aemter/la21/16.pdf>

Nachhaltigkeitsbericht Kreis Ostholstein (2000):

http://www.eutin.de/media/custom/68_242_1.PDF

UMWELTBUNDESAMT (UBA, 2002): Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. Die Zukunft dauerhaft umweltgerecht gestalten. Kurzfassung; Erich Schmidt Verlag, 24 S. http://www.apug.de/archiv/pdf/uba_nachhaltige_entwicklung.pdf

UMWELTMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG, BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ, HESSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, LÄNDLICHEN RAUM UND VERBRAUCHERSCHUTZ, THÜRINGER MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, NATURSCHUTZ UND UMWELT (2005): Leitfaden Indikatoren im Rahmen einer lokalen Agenda. http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/30325/gesamter_leitfaden_dritte_ueberarb_aufl.pdf?command=downloadContent&filename=gesamter_leitfaden_dritte_ueberarb_aufl.pdf

Weitere Informationen:

AGENDA-TRANSFER: AGENTUR FÜR NACHHALTIGKEIT GMBH (2003): Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. www.agenda-transfer.org

BMU – Lokale Agenda 21: Lexikon der Nachhaltigkeit

http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/bmu_agenda_21_828.htm (zahlreiche links)

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND & BROT FÜR DIE WELT, EVANGELISCHER ENTWICKLUNGSDIENST (Hrsg.; 2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertalinstituts für Klima, Umwelt, Energie. Fischer Verlag, Frankfurt a. M., 656 S.

LINDACKERS, H. & B. BÄNSCH-BALTRUSCHAT (2003): Leitfaden – die lokale Agenda 21 zeigt Profil: Projektbausteine an der Schnittstelle Lokale Agenda 21/Betriebliches Umweltmanagement. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/2416.pdf>

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, MITTELSTAND UND ENERGIE DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN: Indikatoren NRW: <http://www.indikatoren-nrw.de/>

Ansprechpartner

Dr. Claudia Weiland, Sprecherin BUND Hochtaunuskreis
Goethestr. 28, 61462 Königstein i.Ts. 06174-969309
mail: claudia.weiand@bund.net

Wolfgang Heins, Stellvertretender Sprecher BUND Hochtaunuskreis
Kransberger Straße 42, 61273 Wehrheim, Tel: 06081-3299
mail: wolfgang-heins@freenet.de

Georg Kraft, BUND Ortsverband Friedrichsdorf und
geschäftsführender Vorstand Friedrichsdorfer Institut zur Nachhaltigkeit (IzN) e.V.
www.izn-friedrichsdorf.de
In der Lach 9, 61381 Friedrichsdorf, Tel: 06172-75867
mail: georg.kraft@bund-friedrichsdorf.de

Webseite BUND-Hochtaunuskreis www.bund-hochtaunuskreis.de

Ortsverbände im Hochtaunuskreis

Ort	Vorsitzende(r)	Telefon	mail
Bad Homburg	Michael Bernhardt	06172-997869	m.bdt@t-online.de
Friedrichsdorf	Georg Kraft	06172-75867	georg.kraft@bund-friedrichsdorf.de
Königstein-Glashütten	Dr. Claudia Weiland	06174-969309	claudia.weiand@bund.net
Kronberg	Gabriele Schaar	06173-79801	Gabi_Schaar@hotmail.com
Oberursel	Frauke Vens-Cappell	06171-75981	f-vens-cappell@t-online.de
Usingen/Neu Anspach	Doris Warlich	06081-16755	doris.warlich@t-online.de
Wehrheim	Almut Gwiasda	06081-59729	Gwiasda-Wehrheim@t-online.de

Über die Autorin:

Dr. Beate Alberternst, Friedrichsdorfer Institut zur Nachhaltigkeit (IzN)
& Projektgruppe Biodiversität und Landschaftsökologie, Hinter´m Alten Ort 9, 61169 Fried-
berg, Tel.: 06031/1609233, e-mail: b.alberternst@online.de
Diplom-Agrarbiologin, Arbeitsschwerpunkte: Wissenschaftliche Untersuchungen und Gut-
achten zur regionalen Biodiversität (Phytodiversität), Bearbeitung von Fragen zur Nachhal-
tigkeit, Expertin zum Thema invasive Pflanzenarten (*Ambrosia*, *Lysichiton*, *Fallopia*) auf
nationaler und europäischer Ebene (European Food and Safety Authority – EFSA, Euro-
pean Plant Protection Organisation – EPPO)

Anhang

Im nachfolgenden Teil werden die einzelnen vorgeschlagenen Indikatoren näher erläutert.

Nachhaltigkeitsdimension A - Ökologie

A 1: Möglichst schonender Umgang mit Flächen

Beispiel: Ressource „Boden“

Der ungebremste Flächenverbrauch durch Siedlungs- und Bautätigkeit des Menschen ist ein zentrales Thema der ökologischen Dimension der nachhaltigen Entwicklung. Die Siedlungsfläche hat sich in den alten Bundesländern nach 1950 annähernd verdoppelt. Dieser massive Flächenverbrauch ist langfristig nicht nachhaltig, weil durch die Flächenversiegelung Lebensraum für Pflanzen und Tiere verloren geht, sich landwirtschaftliche Nutzfläche für den Anbau von Lebensmitteln verringert und weil Niederschlagswasser schneller abfließt und damit zu Hochwasser und Bodenerosion führen kann. Offizielle Schätzungen gehen von einem Rückgang der Bevölkerung im Hintertaunus durch den demographischen Wandel bis 2020 aus. Stadt- und Raumplanung müssen diesem Umstand Rechnung tragen.

A 2: Möglichst nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen

Beispiel: Ressource Trinkwasser.

Gewinnung, Transport und Reinigung von Trinkwasser ist energieaufwändig und kann naturnahe Biotope negativ beeinträchtigen (z.B. Absinken des Grundwasserspiegels im Taunus, Trockenfallen von Gewässern). Wassersparen ist daher ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Verhaltensmuster und Konsumgewohnheiten der Bevölkerung beeinflussen den Wasserverbrauch deutlich.

A 3: Klimaschutz, möglichst geringer Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen - Einsatz erneuerbarer Energien

Zur Erzeugung von Strom werden derzeit zumeist die natürlichen Ressourcen Kohle, Erdöl, Erdgas und Uran verwendet, deren endgültiger Verbrauch absehbar ist. Bei der Energiegewinnung werden große Mengen des klimawirksamen Gases CO₂ freigesetzt, die u.a. zu den Klimaänderungen führen. Anfallender radioaktiver Abfall muss auf unabsehbare Zeit deponiert werden und stellt eine Gefährdung für Mensch und Umwelt dar. Der Transport fossiler Brennstoffe kann seinerseits zur Umweltzerstörung führen oder diese massiv belasten, z.B. durch Leckagen in den Leitungen oder Tankerunfällen.

Möglichkeiten, den Verbrauch an nichterneuerbaren Energieressourcen zu reduzieren bestehen zum einen darin, Energie einzusparen und andererseits darin, Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Hierzu zählen Energie aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse

se aber auch Gezeitenenergie oder Erdwärme. Diese Energieträger müssen in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Energiewirtschaft in den Landkreisen leisten (vgl. Abb. 2).

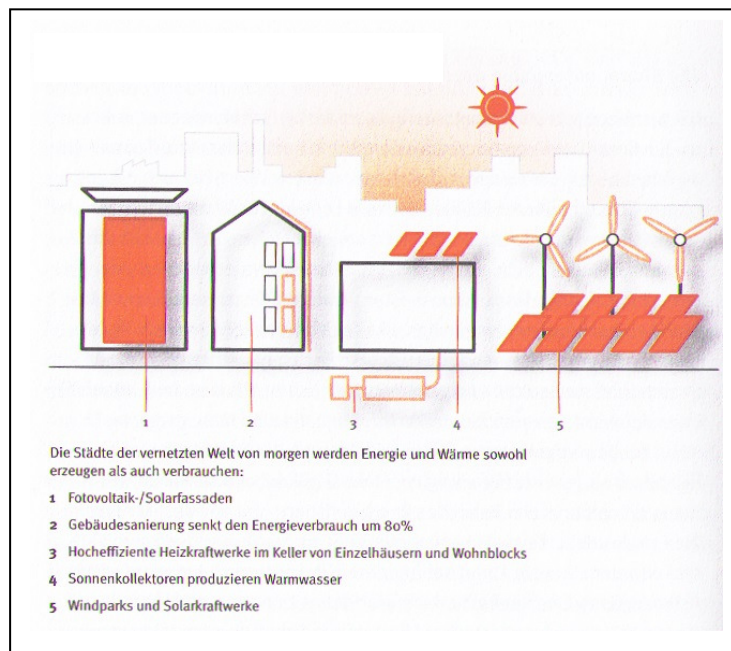


Abb. 2: Dezentrale Energie-Zukunft in Städten der vernetzten Welt von morgen. (Quelle: BUND & Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) 2008: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, S. 60)

Der Anteil der Gebäude am Energieverbrauch zur Wärmegewinnung ist in Deutschland größer als der von Verkehr oder der Industrie. Mit der Sanierung von Gebäuden z.B. durch Wärmedämmung, Sanierung der Gebäudehülle, Fensteraustausch, effiziente Haustechnik, Nutzung solarer Wärmegewinnung ist ein großes Energiesparpotenzial verbunden. Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden können den Wärmebedarf deutlich senken. Kommunen können bei der Sanierung ihres Gebäudebestandes eine Vorbildfunktion für private Investoren übernehmen.

A 4: Stärkung umwelt- und sozialverträglicher Mobilität

Der motorisierte Individualverkehr (MIV) stellt in Deutschland einen bedeutenden Mobilitätsfaktor dar und ist ein wesentlicher Eckpfeiler in den Grundbedürfnissen moderner Zivilisationen. Der MIV führt jedoch zu zahlreichen Belastungen für Mensch und Umwelt. So ist der Flächenverbrauch für den Straßenbau enorm groß und Verkehrswege zerschneiden wichtige Lebensräume von Tieren und Pflanzen. Städte werden häufig autofreundlich gestaltet, was zu Einbußen bei der Lebensqualität der Bewohner führt. Kraftfahrzeuge werden derzeit überwiegend mit nicht erneuerbaren Ressourcen betrieben. So werden

etwa 60 % des weltweiten Gesamtverbrauchs an Flüssigtreibstoff vom Verkehrssektor verbraucht. Die Lärm- und Schadstoffbelastungen der Umwelt durch den motorisierten Individualverkehr sind hoch. So ist der Verkehr zusammen mit den Heizungs- und Feuerungsanlagen und der Industrie der Hauptemittent des klimawirksamen Gases CO₂.

Ein großer Teil der Autofahrten beschränkt sich auf Kurzstreckenfahrten unter 5 km. Um diese Fahrten, die z. T. auch zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurück gelegt werden können, zu reduzieren, müssen Anreize für den Bürger geschaffen werden, das Auto nicht zu benutzen und statt dessen auf andere Verkehrsmittel und den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zurück zu greifen.

Ein attraktives und gut ausgebautes Radwegenetz stellt hierfür eine wichtige Voraussetzung dar, kann auch den Tourismus fördern und somit auch positive wirtschaftliche Effekte für den Kreis nach sich ziehen (z.B. für Gastronomiebetriebe).

A 5: Erhaltung der biologischen Vielfalt

Die Erhaltung der biologischen Vielfalt stellt eine wesentliche Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung dar. Sie ist nicht nur Lebensgrundlage des Menschen sondern kann sich auch positiv auf den Tourismus und somit auf die Einnahmen der Kommune auswirken.

Das europäische ökologische Netz Natura 2000, das auf der Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie aufbaut, hat das Ziel, die biologische Vielfalt in Europa zu erhalten und zu fördern. Mit dem Schutzsystem Natura 2000 ergibt sich die große Chance, das europäische Natursystem auch für zukünftige Generationen zu erhalten. Die zukünftige Berücksichtigung von Zielen von Natura 2000 (insbesondere Verschlechterungsverbot von Natura 2000-Gebieten) in der Bauleitplanung wird häufig von Kommunen als Restriktion für zukünftige Entwicklungen interpretiert. Dabei wird häufig übersehen, dass mit der Ausweisung von Natura 2000-Gebieten und der Aufstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen oft die Chance verbunden ist, eine einmalige Kulturlandschaft zu erhalten und zu entwickeln.

Schutz der biologischen Vielfalt innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten

Ebenso wie die Natura 2000-Gebiete, dienen auch die Naturschutzgebiete und flächenhaften Naturdenkmäler der Erhaltung der biologischen Vielfalt und können als Indikatoren fungieren. Schutzgebiete sind von großer Bedeutung, weil hier der Natur Vorrang eingeräumt wird. Doch findet sich biologische Vielfalt nicht nur in Schutzgebieten. gefährdete oder zurückgehende Tier- und Pflanzenarten und Biotope kommen auch in der sogenannten „Normallandschaft“ vor. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gilt es, die verbliebenen Naturschätze einer Region zu erhalten und in ihrer Entwicklung zu fördern. Naturschutz darf sich im Hochtaunuskreis aber nicht nur auf die Schutzgebiete beschränken,

sondern erfordert die Akzeptanz und aktive Beteiligung der Landnutzer, vor allem der Land- und Forstwirte.

Beitrag der Landwirtschaft zum Schutz der biologischen Vielfalt

Die Landwirtschaft, die für die Ernährung des Menschen der wichtigste Wirtschaftszweig ist, hat durch seine Flächenbewirtschaftung maßgeblich zur Entstehung einer vielfältigen Kulturlandschaft beigetragen. Seit den 1950er Jahren hat allerdings die Intensivierung der Landnutzung mit dem Einsatz schwerer Maschinen, weitreichender Drainage, massivem Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatz, Rodung von Streuobstbeständen und Hecken zu einer „Ausräumung“ der Landschaft, zu einem massiven Rückgang von Arten sowie zu Belastungen von Luft, Wasser und Boden geführt. Eine geänderte Nutzungsweise durch engagierte Landwirte kann zu einer maßgeblichen Verringerung der Umweltbelastungen beitragen und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung die Artenvielfalt fördern. Eine Extensivierung von Flächen, Verzicht auf künstliche Düngemittel und Pflanzenschutzmittel wie im biologischen Landbau praktiziert, maßvolle Drainage, Bewirtschaftung von Flächen im Sinne des Naturschutzes, können wesentlich zur Zielerreichung beitragen.

Indikatorarten

Möglicher Indikator ist die Anzahl und Entwicklung der gefährdeten Arten der Roten Liste und die Anzahl und Entwicklung von Arten, die in ihren Beständen zurückgehen (Arten der Vorwarnliste). Grundvoraussetzung für die Beurteilung einer nachhaltigen Entwicklung ist, dass das Arteninventar des Kreises bekannt ist. Fehlen diese Daten müssen diese erhoben werden, um die Entwicklung ausgewählter Indikatorarten, die den Zustand bestimmter Biotoptypen charakterisieren, beurteilen zu können.

Wichtige Indikatoren sind im Hochtaunuskreis *Maculinea nausithous*, der Ameisenbläuling, der an artenreiche Grünlandgesellschaften gebunden ist. Der Zustand der Feuchtwiesen wird gut durch *Dactylorhiza majalis*, das Gefleckte Knabenkraut, charakterisiert und der Zustand von Borstgrasrasen kann über das Vorkommen und die Bestandsentwicklung von Arnika (*Arnica montana*) beurteilt werden.

Nachhaltige Forstwirtschaft

Auch die Forstwirtschaft muss auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sein. Vor etwa 200 Jahren waren die Forstwirte die ersten, die von einer nachhaltigen Nutzung sprachen. Damit war gemeint, das nicht mehr Holz eingeschlagen werden darf, als gleichzeitig nachwächst. Dies war erforderlich, um einen Mangel an Holz, wie er zuvor aufgetreten war, zu vermeiden. Heute ist mit dem Begriff „nachhaltigen Nutzung“ mehr verknüpft

als nur die Menge des Holzvorrats. Der Wald hat neben der Holzproduktion vielfältige Aufgaben wie Luftreinhaltung, Boden- und Grundwasserschutz, stellt Lebensraum für Tiere und Pflanzen dar und ist wesentlicher Erholungsraum für den Menschen. Ein naturnaher Wald erfüllt diese Vielzahl an Funktionen in besonderem Maße. Maßnahmen im Sinne einer naturnahen Forstwirtschaft sind der Aufbau standortgerechter, strukturreicher Waldbestände mit hohem Anteil einheimischer Laubholzarten, Verzicht auf Kahlschläge und Pestizide. Das Forest Stewardship Council (FSC) ist eine international anerkannte Organisation, die ein System zur Zertifizierung nachhaltiger Forstwirtschaft entwickelt hat. Für eine Zertifizierung ist die Einhaltung der zehn Prinzipien des FSC-Systems erforderlich. Als Indikator kann die Flächengröße der FSC-zertifizierten Flächen bzw. Aufforstungen dienen.

Im Hochtaunuskreis kommen aus Kostengründen zunehmend Lohnunternehmer mit großen Erntemaschinen (Harvestern) bei der Holzernte zum Einsatz. Bei dem Einsatz dieser Geräte wird häufig keine Rücksicht auf aus Naturschutzsicht sensible Bereiche im Wald genommen. Bäche werden beispielsweise mit Schwachholz und Ästen verschüttet oder ganze Bäume mit Wurzeln werden gerodet und verbliebene Baumreste, die Lebensraum für zahlreiche Waldorganismen bieten, entfernt. Durch Gespräche und Vereinbarungen mit den Lohnunternehmern bzw. mit Hessen-Forst, sollte diese wenig schonende Waldnutzungsweise z.B. durch vertragliche Verpflichtungen der Unternehmer bei der Auftragsvergabe unterbunden werden.

A 6: Geringe Abfallmengen

Für die kommunalen Entsorgungsbetriebe ist das Restmüllaufkommen von großer Bedeutung, da Restmüll nicht wiederverwendet werden kann und daher deponiert oder verbrannt werden muss. Je nach Menge des zu transportierenden Mülls können hohe Kosten entstehen, die sich auf die Müllgebühren in der Kommune auswirken können und damit die Kaufkraft der Bewohner negativ beeinflussen. Eine möglichst niedrige Abfallquote ist wesentlicher Anhaltspunkt für eine Ressourcen schonende Wirtschaft, da bei einer niedrigen Quote Stoffströme und der Transport- und Energieaufwand gering sind.

A 7: Möglichst geringe Luftverschmutzung und Lärmbelastung

Luftschadstoffe werden z.B. durch den Verkehr und die Industrie emittiert und sind direkt mit dem Verbrauch nicht erneuerbarer fossiler Ressourcen gekoppelt. Wesentliche Luftschadstoffe sind Stickoxide, die bei Verbrennungsprozessen entstehen und häufig für Atemwegserkrankungen beim Menschen mitverantwortlich sind. Zusammen mit flüchtigen Kohlenwasserstoffen ist NO_2 an der Bildung von Ozon beteiligt. Ozon wirkt beim Menschen in höheren Konzentrationen als Reizgas und kann auch bei Pflanzen Schäden verursachen. Lungengängiger Schweb- und Feinstaub kann beim Menschen Entzündungen der Atemwege hervorrufen und möglicherweise Krebserkrankungen auslösen.

Neben den Luftschadstoffen kann auch Lärm die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen negativ beeinflussen. Luftqualität und Lärmbelastung haben einen erheblichen

Einfluss auf die Gesundheit, damit auch auf die Kosten im Gesundheitswesen und sie haben unmittelbaren Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen.

Nachhaltigkeitsdimension B - Ökonomie

B 1: Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes

Gewerbliche und Dienstleistungsunternehmen werden zukünftig besser am Markt bestehen können, wenn sie sich vorausschauend den ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen einer nachhaltigen Gesellschaft stellen. So sollten Produkte verstärkt auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein und beispielsweise langlebig und reparaturfähig sein. Sie sollten möglichst aus recyclebaren Materialien bestehen oder gegebenenfalls geringe Mengen Treibstoffe, Strom, Wasser usw. verbrauchen (vgl. sparsame Motoren bei Kraftfahrzeugen, Haushaltsgeräten usw.).

Die Europäische Union hat ein Zertifizierungsverfahren für Unternehmen entwickelt, die eigenverantwortlich ihren betrieblichen Umweltschutz verbessern wollen. Industrieunternehmen, Dienstleister, Verwaltungen aber auch andere Organisationen können sich an dem Verfahren, das als EMAS (Environment Management and Audit Scheme) oder als EU-Öko-Audit bezeichnet wird, beteiligen und bei Einhaltung der Richtlinien ein EMAS-Logo für ihren betrieblichen Umweltschutz führen. EMAS-Organisationen werden in einem Register, das von den Industrie- und Handelskammern geführt wird, eingetragen. Organisationen, die sich an EMAS beteiligen, müssen eine Umwelterklärung veröffentlichen, in der sie über ihre Auswirkungen auf die Umwelt, ihre Umweltleistungen und ihre Umweltziele berichten. Die Umwelterklärung wird von einem unabhängigen Umweltgutachter, der einer staatlichen Überwachung unterliegt, auf Richtigkeit überprüft und muss jährlich aktualisiert werden. Spätestens alle drei Jahre überprüft der Umweltgutachter das Umweltmanagementsystem, die Einhaltung der Umweltpolitik und der gesetzlichen Regelungen.

In Baden-Württemberg wurden jüngst einige EMAS-Betriebe mit dem Umweltpreis von der baden-württembergischen Umweltministerin ausgezeichnet (<http://www.emas.de/>, Meldung vom 11.12.08).

B 2: Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad

Ein hoher regionaler Selbstversorgungsgrad der Bevölkerung im Landkreis verringert die Transportwege und damit auch den Energieverbrauch und die Schadstoffbelastung. Durch Vermarktung regional erzeugter Produkte wird die örtliche Landwirtschaft gestärkt und Arbeitsplätze werden im Landkreis gesichert. Die regionale Identität der Bewohner des Landkreises wird gefördert und der Aufbau eines Vertrauensverhältnis zwischen Erzeuger und Verbraucher der Lebensmittel kann leicht hergestellt werden. Stärkung von Strukturen zur Selbstvermarktung regional produzierter Produkte kann auch die ökologische Landwirtschaft fördern, zumal der Trend nach einer vermehrten Nachfrage nach ökologisch

erzeugten Lebensmitteln anhält. Eine umweltfreundliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten Fläche kommt wiederum der Natur und Umwelt des Landkreises zugute.

B 3: Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur

In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung in einer Region kann es im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sinnvoll sein, dass viele Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben arbeiten und nicht überwiegend bei einem Großbetrieb beschäftigt sind. Würde dieser Großbetrieb seine Arbeit einstellen, wäre die Region massiv von Arbeitslosigkeit bedroht. Eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur kann solche Entwicklungen tendenziell besser abfedern. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung kann es für einen Kreis sinnvoll sein, kleine und mittlere Betriebe zu unterstützen und die Bildung einer Monostruktur zu unterbinden.

B 4: Lokale Preisniveaustabilität

Der Preisindex der Mieten kann als aussagekräftiges Maß für die lokale Preisstabilität verwendet werden. Bei Wohnungsmieten zeigen sich oftmals hohe Teuerungsraten. Die Teuerungsrate für Mieten sollte nicht weit über der allgemeinen Teuerungsrate liegen, damit die Kostenentwicklung auch zukünftig für die Bürger kalkulierbar bleibt. Eine niedrige Teuerungsrate erleichtert den Bürgern die Kostenkalkulation für eventuelle Investitionen und gibt ihnen Planungssicherheit.

B 5: Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

Durch hohe Zinszahlungen bei steigender Verschuldung einer Kommune wird der finanzielle Handlungsspielraum geringer und es stehen weniger finanzielle Mittel für soziale oder umweltrelevante Maßnahmen zur Verfügung. Kommunale Schulden werden zukünftige Generationen belasten. Vor dem Hintergrund der in der Nachhaltigkeitsstrategie betonten Generationengerechtigkeit sollte eine weitere kommunale Verschuldung möglichst vermieden und bestehende Schulden möglichst abgetragen werden.

Bei der Bewertung der nachhaltigen Entwicklung im Hinblick auf eine gesunde Struktur öffentlicher Haushalte sollte überprüft werden, für welche Zwecke Kredite in der Vergangenheit verwendet wurden und ob diese Zwecke einer nachhaltigen, kommunalen Entwicklung gedient haben. Bei einer soliden Haushaltsführung dürfen die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes nicht nur die aktuellen Ausgaben decken, sondern es sollten so viele Gelder bereitstehen, dass auch die Kredittilgungen erfolgen können und Beträge in den Vermögenshaushalt einfließen. Aus diesem Vermögen können Investitionen in eine zukunftsfähige Stadtentwicklung einfließen, was auch im Sinne der Generationengerechtigkeit ist.

B 6: Gerechte Verteilung von Arbeit

Eine hohe Arbeitslosenquote prägt die wirtschaftliche Situation in einer Region maßgeblich: So steigt mit einer hohen Quote die Anzahl der Personen, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind an. Arbeit bedeutet nicht nur Einkommen sondern auch gesellschaftliches Ansehen und Beschäftigung. Ungerecht verteilte Arbeit kann zu psychosozialen Problemen führen.

Nachhaltigkeitsdimension C – Gesellschaft/Soziales

C 1: Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen

Eine hohe Anzahl an Personen, vor allem von Kindern und Jugendlichen, die auf staatliche Transferleistungen zum Lebensunterhalt angewiesen sind, kann die soziale Stabilität in einem Gebiet gefährden und auch den Handlungsspielraum einer Kommune einschränken. Häufig ist die Zahlung von Transferleistungen mit einer hohen Arbeitslosenquote verknüpft. Je länger die Arbeitslosigkeit andauert, desto größer wird das Risiko auf staatliche Zahlungen angewiesen zu sein. Auch in den reichen westlichen Ländern öffnet sich die Schere zwischen reichen und armen Bevölkerungsgruppen. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sollte eine gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen in der Bevölkerung angestrebt werden. Bestimmte Bevölkerungsschichten dürfen nicht ausgegrenzt werden.

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sollte eine möglichst geringe Jugendarbeitslosenquote angestrebt werden um damit am Beginn einer Berufskarriere die Arbeitsmotivation zu fördern.

C 2: Hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau

Die Anforderungen an die Beschäftigten im Arbeitsmarkt wandeln sich ständig und steigen in vielen Bereichen deutlich an. Eine gute Ausbildung ist daher unerlässlich, um sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten zu können. Kinder und Jugendliche ohne entsprechende schulische und berufliche Ausbildung werden zukünftig vermehrt Schwierigkeiten haben, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Zwar ist eine gute Ausbildung keine Garantie für ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis, doch ist sie notwendige Vorbedingung für dieses.

Schon in der Zeit des Berufseinstiegs mit Arbeitslosigkeit konfrontiert zu sein, birgt mangelnde Zukunftsperspektiven und ein hohes Frustrationspotenzial für die Betroffenen. Daher sollte der Start ins Berufsleben für Jugendliche erfolgreich verlaufen. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist es notwendig, die Jugendarbeitslosigkeit möglichst gering zu halten. Grundvoraussetzung hierfür ist eine gute Ausbildung der Jugendlichen an allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen.

Bildung ist weiterhin auch wesentliche Grundlage dafür, um sich mit Fragen zu Umweltthemen und einer nachhaltigen Entwicklung auseinander setzen zu können. Umweltbildung spielt hier eine wesentliche Rolle und sollte vom Kreis unterstützt werden. Häufig trifft die Aussage, dass man nur das was man kennt, auch schützen kann. Umweltbildung

kann auf verschiedenen Ebenen stattfinden, z.B. in Kindergärten und Schulen aber auch als Fortbildung und Freizeitgestaltung für Erwachsene (z.B. naturkundliche Wanderungen und Führungen). Umweltbildung kann auch unter dem Aspekt Tourismus interessant für den Kreis sein und damit auch wirtschaftliche Bedeutung erlangen.

C 3: Gelungene Integration in das Bildungssystem

Erfolgreiche Abschlüsse allgemeinbildender Schulen sind eine wesentliche Voraussetzung für den Einstieg ins Berufsleben. Bildung ist zudem ein hohes kulturelles Gut, das allen Schichten einer Bevölkerung zugänglich sein sollte. In Deutschland ist die Bildung der Kinder stark von der Bildung der Eltern und von deren sozialen Status abhängig. Eine Gesellschaft ist nur dann zu einer umfassenden Weiterentwicklung befähigt, wenn ein möglichst breiter Prozentsatz ihrer Bevölkerung eine angemessene Bildung erfahren kann. Die Anzahl der Schüler, die den Hauptschulabschluss als Basisbildung nicht erreicht, kann einen Hinweis auf Fehlentwicklungen im Schulsystem geben.

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung dürfen bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht aufgrund von sozialen oder kulturellen Gründen von Bildungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden. Der schulische Bildungsabschluss darf nur von der individuellen Leistungsfähigkeit des Einzelnen abhängen. Ein höherer schulischer Bildungsabschluss ist in vielen Fällen Grundvoraussetzung für eine höhere berufliche Qualifikation. Schüler und Schülerinnen ausländischer Herkunft müssen gleichberechtigt höhere Bildungsabschlüsse erlangen können.

C 4: Wohnortnahe Versorgung

Zu einer attraktiven Gestaltung des Wohnorts zählt unter anderem auch eine wohnortnahe Grundversorgung. Je kürzer der Weg zu Geschäften, die den täglichen Bedarf decken, desto weniger Zeit beanspruchen die Bewohner zum Einkaufen. Wohnungsnahe Einkaufsmöglichkeiten und Treffpunkte ermöglichen es auch Personen ohne Auto sich unabhängig von anderen selbständig zu versorgen. Zudem wird weniger Energie für die Zurücklegung der Wege verbraucht und die Kommunikation der Bewohner innerhalb des Ortes wird gefördert. Dies steigert die Attraktivität eines Wohnorts.

C 5: Ausgewogene Bevölkerungsstruktur des Kreises

Ein immer geringer werdender Anteil an jüngeren Erwerbstätigen wird zukünftig die Rente der älteren Bevölkerung finanzieren müssen. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung müssen Kommunen dafür Sorge tragen, dass jüngere Generationen nicht so stark belastet werden, dass ihnen Entwicklungschancen genommen werden. Momentan ist es für die Kommunen bedeutsam, jüngere und mittel alte Erwerbstätige anzusiedeln bzw. zu halten, um von den Steueraufkommen dieser Personen zu profitieren. Kommunen, die diesen Personenkreisen Arbeitsplätze, Fläche z.B. Baugrund und ein attraktives Umfeld bieten können, sind hier gegenüber solchen, die dies nicht können im Vorteil.

Eine hohe Abwanderungsrate der Bevölkerung weist auf unattraktive Lebensbedingungen in einer Region hin. Ein stark negatives Wanderungssaldo kann sogar zur Verödung ganzer Landstriche führen. Ein positives Wanderungssaldo zieht hingegen oft positive Effekte nach sich. So steigen häufig bei Zuzug von Personen die Einnahmen der Kommunen. Doch kann eine starke Zuwanderung auch Probleme mit sich bringen, wie z.B. ein stärkerer Flächenverbrauch, z.B. für Wohnraum oder ein vermehrtes Verkehrsaufkommen. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sollte eine starke Abwanderung verhindert und im Falle einer starken Zuwanderung nach Lösungsmöglichkeiten für auftretende Zielkonflikte (z.B. Minderung des Bodenverbrauchs versus Unterstützung des Zuzugs) gesucht werden.

C 6: Kulturelles Angebot

Eine große kulturelle Vielfalt ist mitbestimmend für das geistige Klima und die Atmosphäre in einer Region. Ein großes und vielfältiges kulturelles Angebot fördert die Attraktivität einer Kommune beträchtlich. Professionelle Einrichtungen aber auch ehrenamtlich arbeitende Gruppen, die sich im Bereich „Kulturangebote“ engagieren, benötigen hierzu jedoch finanzielle Unterstützung, um ein vielfältiges kulturelles Angebot aufrecht erhalten zu können. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sollte die kulturelle Vielfalt in einer Kommune unterstützt und gefördert werden, um das kulturhistorische Erbe zu erhalten und weiterzuentwickeln.

C 7: Hohes Gesundheitsniveau

Eine stabile Entwicklung ist ohne eine gesunde Bevölkerung nicht möglich. Zugleich können sich Entwicklungsmaßnahmen in einem Gebiet negativ auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirken (z.B. Lärm- und Schadstoffbelastung durch den Straßenbau). Viele Mediziner gehen davon aus, dass eine hohe Ozonbelastung oder Dieselruß zu einem Anstieg von Allergieerkrankungen führen können. Allergien beeinträchtigen die Lebensqualität, führen zu finanziellen Belastungen des Gesundheitssystems und können die Arbeitsfähigkeit des Betroffenen reduzieren.

Besonders Kinder sind von Allergien betroffen, weil ihr Immunsystem empfindlicher reagiert als das von Erwachsenen. Allergien haben in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Die Zahl der Kinder, die von einer Allergie betroffen sind, kann als Spiegelbild der Zukunftsfähigkeit unseres Lebensstils und der damit verbundenen Umweltbedingungen betrachtet werden.

Weiterer Ausdruck unseres Lebensstils ist zum einen die Ernährung, zum anderen der Konsum von Tabak, was sich auf die menschliche Gesundheit auswirkt. Adipositas fördert die Entstehung von Herz-Kreislaufkrankungen, Diabetes, Stoffwechselstörungen wie erhöhte Cholesterinwerte oder Bluthochdruck. Fettleibigkeit kann zudem zu ernsthaften Schäden am Stütz- und Bewegungsapparat führen und erhebliche Kosten im Gesundheitswesen verursachen. Neben zahlreichen Erkrankungen sind die Betroffenen oft auch

seelisch betroffen, weil Adipositas gesellschaftlich nicht toleriert wird und die Betroffenen oft ausgegrenzt werden oder berufliche Nachteile erleiden.

C 8: Hohes Sicherheitsniveau

Ein hohes Sicherheitsniveau fördert die Attraktivität einer Region. Der Bereich öffentliche Sicherheit umfasst verschiedene Aspekte. Hierzu zählt zum Beispiel die Anzahl der verübten Straftaten in einer Region aber auch die Sicherheit auf öffentlichen Wegen und Straßen.

a) Straftaten

Ein hoher Anteil an Straftaten weist häufig auf soziale Probleme in einer Region hin. Eine hohe Arbeitslosigkeit und damit verbunden zunehmende Armut sowie mangelnde Zukunftsperspektiven bei Jugendlichen können politischen Extremismus fördern und die Anzahl von Straftaten erhöhen.

b) Sicherheit im Straßenverkehr

Der mobilisierte Individualverkehr (MIV) ist heute der bedeutendste Mobilitätsfaktor in Deutschland. Die Gefahren, die hiermit für die Bevölkerung insbesondere aber für Kinder und Jugendliche verknüpft sind, sollten soweit wie möglich minimiert werden. Denkbar sind hier Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung, übersichtliche Überwege z.B. auf von Kindern häufig frequentierten Straßen, gekennzeichnete Radweg auf gesonderten Flächen neben stark befahrenen Straßen, Hinweisschilder auf Schulkinder usw.

C 9: Integration von behinderten Menschen

Gesellschaftliche Integration ist nach wie vor stark an die Erwerbstätigkeit gekoppelt. Dies gilt auch für behinderte Menschen. Die Leistungsfähigkeit von behinderten Menschen anzuerkennen, Arbeitsabläufe behindertengerecht zu gestalten und den Einstieg ins Berufsleben für Behinderte zu ermöglichen und zu fördern ist ein Ziel, das dem Nachhaltigkeitskonzept entspricht.

C 10: Förderung familienfreundlicher Strukturen

Kommunen mit einem familienfreundlichen Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind attraktiv für junge Familien und fördern die Gleichstellung von Mann und Frau. Mangelnde Kinderbetreuungsangebote zwingen derzeit überwiegend Frauen, ihre Arbeitstelle aufzugeben, weil in vielen Berufen noch immer Männer besser bezahlt werden als Frauen.

C 11: Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

Kinder- und Jugendarbeit hat Familien ergänzende Funktion und wird als Form des sozialen Lernens verstanden, das jungen Menschen die eigenverantwortliche Entwicklung seiner Persönlichkeit erleichtert. In Kinder- und Jugendgruppen knüpfen Kinder Kontakte zu Gleichaltrigen, entwickeln Freundschaften, lernen Verantwortung zu übernehmen, aktiv und kreativ zu sein. Die Fähigkeit zur verantwortlichen Beteiligung junger Menschen am staatlichen und gesellschaftlichen Leben wird entwickelt und gesellschaftliche oder individuelle Benachteiligungen können durch gut betreute Kinder- und Jugendarbeit ausgeglichen werden. Jugendarbeit erfüllt erzieherische und bildende Funktion. Ziel im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist es, die nachwachsende Generation in ihrer Entwicklung zu unterstützen.

Nachhaltigkeitsdimension D – Partizipation/Bürgerbeteiligung

D 1: Förderung der Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess und an kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen

Wenn der Erfolg bei der Umsetzung von Konzepten zur nachhaltigen Entwicklung langfristig gesichert werden soll, muss eine möglichst breite Beteiligung der Bevölkerung angestrebt werden. Zunehmende Beteiligung an Arbeitstreffen und an Nachhaltigkeitsprojekten ist ein Indikator für das Engagement der Bürger. Aufgabe des Kreises ist es, das Interesse seiner Bürger für eine Beteiligung an Nachhaltigkeitsprojekten zu wecken und diese zu motivieren, sich mit ihren Ideen einzubringen.

Im Hochtaunuskreis sollte eine übergeordnete Nachhaltigkeitsarbeitsgruppe gegründet werden, an der sich eine Vielzahl an Bürgern und Vertretern verschiedener Organisationen beteiligen. Ziele und Themenschwerpunkte der übergeordneten Kreisgruppe sollten in einer breit angelegten Diskussion formuliert und landkreisweite Arbeitskreise gegründet werden z.B. AK Energie, Verkehr, Gleichstellung, Integration, Eine-Welt usw. Diese Arbeitsgruppen sollten auf Kreisebene von einem Nachhaltigkeitsbüro und einem Nachhaltigkeitsbeauftragten organisiert und betreut werden. Die oder der zuständige Mitarbeiter des Nachhaltigkeitsbüros könnten weitere Aufgabenfelder betreuen wie Koordination auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Projekte des Kreises, Informationsaustausch zwischen den Arbeitskreisen, Stellungnahmen zu Bauleitplänen unter dem Aspekt Nachhaltigkeit, Klimaschutzfonds, Energiemanagement und Nachhaltigkeit usw. Als verbindende Aktionen könnten jährlich Veranstaltungen zum Thema Nachhaltigkeit auf Kreisebene durchgeführt werden, z.B.

- landkreisweiter Tag des Wassers
- landkreisweiter Tag des Streuobstbaus
- landkreisweiter Tag der Energie usw.

Ein Nachhaltigkeits-Forum könnte Informationen auf Landkreisebene zusammentragen und den Erfolg von Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung im Hochtaunuskreis bewer-

ten. Ein solches Forum sollte sich auch an der Indikatorensuche für einen jährlichen Nachhaltigkeitsbericht des Kreises beteiligen.

D 2: Hohes ehrenamtliches Engagement

Die Lebendigkeit einer Kommune wird erheblich durch ehrenamtliches Engagement in Vereinen mit geprägt. Ehrenamtliches Engagement schafft Identifikation und Anerkennung des Einzelnen. Ein Anhaltspunkt für das gesellschaftliche Engagement der Bürger kann die Anzahl der eingetragenen Vereine beim Registergericht sein.

Die im Vergleich zu Landtags- oder Bundestagswahlen geringe Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen zeigt, dass der Handlungs- und Gestaltungsspielraum der Bevölkerung auf dieser politischen Ebene als eher gering eingestuft wird. Wenn es gelänge Kommunalpolitik mit den Inhalten der Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung für die Bürger so interessant zu machen, dass sich mindestens so viele BürgerInnen an den Kommunalwahlen wie an den Bundestagswahlen beteiligen, wäre dies ein großer Erfolg und eine gute Grundlage für nachhaltige Kommunalpolitik.

D 3: Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit umfasst in der Regel drei Bereiche: die Förderung der Anliegen von Ländern der Dritten Welt in der eigenen Kommune, die Unterstützung von Projekten oder Städtepartnerschaften in Dritte-Welt-Ländern, die Unterstützung von internationalen Organisationen, die sich in Dritte-Welt-Ländern engagieren. Außen- und Entwicklungspolitik fallen in erster Linie in die Zuständigkeit des Bundes. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit kann jedoch unterstützend arbeiten.

D 4: Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben und verstärkter Einsatz von kinder- und jugendspezifischen Beteiligungsformen

Frauen bringen oftmals eine andere politische Sicht in Diskussionen ein als Männer. Um ihre Interessen zu vertreten, ist eine Beteiligung in politischen Interessenvertretungen notwendig. Frauen sind in politischen Gremien und in Führungspositionen auf beruflicher Ebene bislang unterrepräsentiert.

Politisches Desinteresse und mangelndes Interesse sich für gesellschaftliche Belange zu engagieren ist bei Kindern und Jugendlichen zunehmend zu beobachten. Diese Haltung ist jedoch nicht nur auf diese Altersgruppe beschränkt wie die zunehmende Politikverdrossenheit in der Bevölkerung zeigt. Kinder und Jugendliche sollten verstärkt motiviert werden, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und möglichst früh demokratische Beteiligungsformen erlernen. Wer gelernt hat, dass der demokratische Einsatz für seine Interessen Anerkennung findet und sich lohnt, wird sich auch zukünftig gesellschaftlich engagieren. Für das friedliche Zusammenleben und eine nachhaltige Entwicklung einer Gesellschaft ist demokratisches Lernen eine wesentliche Voraussetzung. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sollten Kinder und Jugendliche vermehrt in das öf-

fentliche Leben eingebunden werden und hierzu Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden, die ihrem Entwicklungsstand angemessen sind.

D 5: Förderung der Teilhabe von SeniorInnen am öffentlichen Leben und Versorgung von SeniorInnen

Der Anteil an über 65-jährigen an der Gesellschaft wird in Zukunft weiter zunehmen. Themen, die vom Lebensalter dieser Personen mitgeprägt sind, werden in Zukunft verstärkt in die öffentliche Diskussion einfließen. Die Belange der verschiedenen Generationen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Sinne einer Generationengerechtigkeit müssen die Ansprüche der verschiedenen Generationen Berücksichtigung finden. Hierzu sollte ein Austausch zwischen den verschiedenen Generationen stattfinden. SeniorInnen sollten verstärkt motiviert werden, ihr Wissen und ihre Lebenserfahrung in die Gestaltung des Gemeinwesens einzubringen.

Für ältere Personen, die sich nicht mehr allein versorgen können, sollte eine Auswahl an Möglichkeiten der Versorgung im Kreis bestehen. Je nach Erfordernissen kann die Versorgung über ambulante Pflege durch Pflegedienste, Wohnen mit Betreuungsmöglichkeit, über Senioren-Wohngemeinschaften bis hin zu Pflegeheimen reichen. Oberstes Ziel ist die Wahrung der Menschenwürde. Mangelnde Pflege auf Versorgung angewiesener alter Menschen durch überlastetes Personal müssen unbedingt verhindert werden. Es muss allen Menschen die Möglichkeit gegeben werden in Würde alt und wenn nötig gepflegt zu werden.